

MEDIENINFORMATION

Zürich, 16. April 2015

OPCW gedenkt der Chemiewaffen-Opfer am 21.4.2015 in Ypern, Belgien

Green Cross Schweiz fordert die CWÜ-Mitgliedstaaten auf, mehr Verantwortung für die Zivilbevölkerung in Syrien und im Irak zu übernehmen.

Seit 100 Jahren werden moderne Chemiewaffen produziert und bei Kriegen eingesetzt. Zurzeit ist die Zivilbevölkerung in Syrien massiv davon betroffen. Am 21. August 2013 waren mehrere Wohngebiete von Damaskus, die Ghoutas, das Ziel eines Chemiewaffenangriffs, bei dem schätzungsweise 1400 Zivilisten getötet und viele mehr verletzt wurden. Unter dem internationalen Druck stimmte die syrische Regierung 2014 der Zerstörung ihres Chemiewaffenarsenals zu unter Führung der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen OPCW. Die OPCW ist für die Umsetzung des internationalen Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) zuständig. Die Zivilbevölkerung im bis heute belagerten Ghoutas erhielt jedoch keine nennenswerte internationale Hilfe.

In Gebieten, die in der Mitte des Kriegsgebiets liegen, sind Seuchen wie Typhus, Hepatitis A und Tuberkulose ausgebrochen und es herrscht ein absoluter medizinischer Notstand. Die Zivilbevölkerung – rund 500 000 Personen – ist durch die andauernden militärischen Auseinandersetzungen überaus geschwächt. Angesichts der dortigen katastrophalen medizinischen Versorgungslage realisierte Green Cross 2014 ein Nothilfeprojekt zusammen mit den irakischen und syrischen Partnerorganisationen Wadi und Al-Seeraj zur Überbringung von dringend benötigten Medikamenten. «Doch die kranken und traumatisierten Menschen benötigen weit mehr Unterstützung», betont Nathalie Gysi, Geschäftsleiterin von Green Cross Schweiz. Zusätzlich zu den internationalen Bemühungen zur Durchsetzung des Verbots aller Massenvernichtungswaffen fordert Gysi die CWÜ-Mitgliedstaaten auf, adäquate Hilfsleistungen zur menschenwürdigen Versorgung der betroffenen Zivilbevölkerung in Syrien zu geben. Bereits 100 000 US-Dollar ermöglichen die dringende Einrichtung von zwei medizinischen Zentren in Ost-Ghoutas.

Green Cross Schweiz fördert mit dem Programm Abrüstung die sichere und umweltverträgliche Eliminierung von nuklearen und chemischen Waffen. Dabei liegt die Herausforderung in der Erweiterung des Atomsperrvertrags zu einem nuklearen Abrüstungsvertrag sowie in der Universalität des Chemiewaffenübereinkommens CWÜ. Die Hilfe zur Selbsthilfe für die Zivilbevölkerung, die in radioaktiv und chemisch kontaminierten Gebieten leben, wird mit dem Programm Sozialmedizin erbracht. Am 21.4.2015 lädt die OPCW in Ypern, Belgien, zu einer Gedenkveranstaltung zur 100-jährigen Geschichte der chemischen Kriegsführung, zur Erinnerung an ihre Opfer und zur Verwirklichung des Chemiewaffenübereinkommens CWÜ ein. Als NGO arbeitet Green Cross mit der OPCW und deren Mitgliedstaaten eng zusammen und hilft tatkräftig mit bei der Vernichtung der Chemiewaffen. Anlässlich der 100-Jahr-Gedenkfeier weist Green Cross darauf hin, dass nicht nur die Chemiewaffen vernichtet werden müssen, sondern dass auch mehr Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung in Syrien und im Irak durch die CWÜ-Mitgliedstaaten übernommen werden sollte.

Studie bringt Klarheit über die Spätfolgen des Giftgasangriffs in Halabja

Seit Anfang 2008 unterstützt Green Cross soziale und medizinische Hilfsprojekte in der nordirakischen Region Halabja, die durch die von der Regierung Saddam Husseins 1988 befohlenen tödlichen Giftgasangriffe traurige Berühmtheit erlangte. Diese Projekte befassen

sich mit den langfristigen Auswirkungen dieser Chemieangriffe auf die soziale, psychische und physische Gesundheit. Seit rund zehn Jahren ist bekannt, dass einige Gebiete Halabjas eine ungewöhnlich hohe Rate von Fehlgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen aufweisen. Auch ist die Krebsrate viel höher als in anderen Gebieten Nordiraks, die nicht mit chemischen Waffen angegriffen wurden. Die dortige lokale Bevölkerung ist überzeugt, dass Lebensmittel, Trinkwasser, Böden und Viehherden durch die Giftgase bis heute verseucht sind. Dadurch sind die Leute verunsichert und das Fehlen von Fakten macht es unmöglich, kompetent zu reagieren. Green Cross plant deshalb die Durchführung einer Studie über die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen als Folge des Chemiewaffeneinsatzes in der Region Halabja. Auf diesem Weg erhält die betroffene Bevölkerung Halabjas endlich Gewissheit über den effektiven Zustand ihrer Umwelt und wird je nach den Studienresultaten auch über mögliche Risiken und deren Vermeidung informiert.

Geschichte der Chemiewaffen

Schon im Altertum wurden chemische Substanzen zur Kriegsführung gebraucht. Aber als Geburtsstunde der modernen Chemiewaffe gilt der 22. April 1915, als ein deutscher Chlorgasangriff bei Ypern 5000 Tote und 10 000 Verätzte forderte. Ende der 1960er-Jahre begannen die Verhandlungen zu einem Chemiewaffenabkommen. Erst am 13. Januar 1993 konnte in Paris die «Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and Use of Chemical Weapons and on their Destruction» (Chemical Weapons Convention, CWC) unterschrieben werden. Das Chemiewaffenübereinkommen CWÜ, das zeitlich unbefristet ist, stellt bis heute das fortschrittlichste globale Abrüstungsabkommen dar, einige seiner Elemente sollen darum auch in die zukünftigen Bio- und Atomwaffenverträge übernommen werden. Mit dem Inkrafttreten der Chemiewaffenkonvention am 29. April 1997 konnte in Den Haag die «Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons» (OPCW), die für die Implementation des CWÜ verantwortlich ist, ihre Arbeit aufnehmen. Die OPCW erhält von jedem Mitgliedstaat eine vertrauliche Deklaration über Industrieanlagen, die potenziell Chemiewaffen herstellen könnten, sowie über etwaige vergangene offensive Entwicklungsprogramme. Aufgrund dieser Deklaration überwacht die OPCW die Vernichtung von eventuell vorhandenen Chemiewaffenlagern und Produktionsanlagen und inspiziert regelmässig die deklarierten Industrieanlagen, die potenziell Kampfstoffe herstellen können. Das CWÜ umfasst heute 190 Mitgliedstaaten. Sechs Länder sind dem Übereinkommen noch nicht beigetreten, davon stehen einige im Verdacht über Chemiewaffenlager und über das nötige Know-how zur Herstellung zu verfügen.

Green Cross Schweiz setzt sich für die Bewältigung der Folgeschäden aus Industrie- und Militärkatastrophen und der Altlasten aus der Zeit des Kalten Kriegs ein. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen, die durch chemische, radioaktive und andersartige Verseuchungen betroffen sind, sowie die Förderung nachhaltiger Entwicklung im Sinne von Kooperation statt Konfrontation.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Nathalie Gysi, Geschäftsleiterin Green Cross Schweiz, unter Tel. +41 (0)43 499 13 10.